

# Europa braucht Zusammenhalt, Klimaschutz und Deine Stimme!



1. Ordentlicher Länderrat, 18. Mai 2019, Berlin

WECC - Westhafen Event & Convention Center, Westhafenstraße 1, Sektor B, Halle 1, 13353 Berlin

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 06.05.2019

Tagesordnungspunkt: EP Debatte zur Europawahl - Kommt, wir bauen das neue Europa

1 Am 26. Mai haben wir es in der Hand: Wir können Europa stark machen. So stark,  
2 dass wir gemeinsam das Klima und damit unsere Zukunft retten. So stark, dass  
3 Gerechtigkeit und Solidarität ein Leben in Würde möglich macht und zwischen den  
4 Staaten für Ausgleich sorgt. So stark, dass Frieden, Demokratie,  
5 Rechtsstaatlichkeit und Freiheit das ist, was von Europa ausstrahlt. Europa  
6 stark machen heißt, unser gemeinsames europäisches Haus in die Zukunft zu bauen  
7 und Veränderungen mutig und menschlich anzupacken. Mit einer klaren Idee, mit  
8 viel Zuversicht und Kraft.

9 Wir haben diese Idee, wir haben die Zuversicht und wir haben die Kraft. Überall  
10 in Europa fordern die Menschen Veränderung. Nicht nur hier, sondern in vielen  
11 Ländern Europas erleben wir eine grüne Welle. Und diese macht uns zu starken  
12 Partnerinnen und Partnern für alle, die nach vorne schauen, auf ein Europa des  
13 Klimaschutzes, der Gerechtigkeit und der Demokratie.

14 Wer Europa nicht seinen Feinden, den Rechtsextremen und Nationalisten überlassen  
15 will, muss es weiter bauen. Die Aussicht auf Veränderung erzeugt Hoffnung, durch  
16 Veränderung können wir Herausforderungen bestehen. Der Status Quo schafft keine  
17 Leidenschaft. Deshalb bieten wir bei dieser Wahl auch eine Alternative zur  
18 Zukunftsblockade der letzten Jahre.

19 Die bereits spürbaren Folgen der Klimakatastrophe, das drastische Artensterben,  
20 die Bedrohung unserer Demokratie durch das Wiederaufflammen des Nationalismus  
21 sowie das Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich zeigen, wie dringend  
22 notwendig ein Europa der Kooperation, der Handlungsfähigkeit und der weiteren  
23 Integration ist. Ein Europa, das zusammenhält. Ein Europa, das sich neu  
24 begründet – ökologisch, sozial und demokratisch.

25 Wer den Planeten retten will, fängt mit Europa an

26 Uns bleibt noch etwa ein Jahrzehnt Zeit, um die schlimmsten Folgen der  
27 Klimakrise abzuwenden. Deshalb ist diese Europawahl für die Rettung des Planeten  
28 so entscheidend. Europa muss vorangehen, wenn wir die Ziele des Pariser  
29 Klimaabkommens noch erreichen wollen. Deshalb wollen wir Grüne eine  
30 ambitionierte Klimapolitik in Europa voranbringen. Dazu gehört, dass wir so  
31 schnell wie möglich **aus der Verstromung von Kohle aussteigen**. Denn mit einem  
32 Ausstoß von 750 bis 1.200 g CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde ist Kohlestrom die mit  
33 Abstand klimaschädlichste Art der Stromerzeugung. **Unser Ziel ist ein EU-weiter**  
34 **Kohleausstieg – bis 2030**. Bereits heute hat rund ein Drittel der EU-Staaten  
35 solch einen Kohleausstiegsbeschluss gefasst. Und wo Grüne in Europa regieren,  
36 zeigen sie, was beim Klimaschutz möglich ist: Das schwedische Klimagesetz

37 verpflichtet jede Regierung, einen Klimaschutzplan vorzulegen – mit dem Ziel,  
38 das Land bis 2045 klimaneutral zu machen. Luxemburg wird ab 2020 als erstes Land  
39 der Welt seinen öffentlichen Personennahverkehr kostenlos machen.

40 Von zentraler Bedeutung ist die **möglichst rasche Einführung eines CO<sub>2</sub>-**  
41 **Mindestpreises im Europäischen Emissionshandel (ETS)**. Denn trotz jüngster Reform  
42 entfaltet der Emissionshandel auf absehbare Zeit nicht genug Anreize, damit sich  
43 Klimaschutz wirklich lohnt. **Zusätzlich zum ETS im Strombereich wollen wir für**  
44 **die anderen Sektoren einen CO<sub>2</sub>-Preis in ganz Europa**. Dafür soll Deutschland mit  
45 Nachbarstaaten wie Frankreich, den Niederlanden und Luxemburg vorangehen und als  
46 regionale Staatengruppe zusammen einen CO<sub>2</sub>-Preis einführen. Diese Abgabe auf CO<sub>2</sub>  
47 soll aufkommensneutral ausgestaltet sein und in Form einer **Pro-Kopf-Auszahlung**  
48 **als Energiegeld an die Bürgerinnen und Bürger zurückfließen**. Damit entlasten wir  
49 insbesondere ärmere Haushalte und erreichen gleichzeitig eine soziale  
50 Umverteilungswirkung. Zugleich schaffen wir mit dem CO<sub>2</sub>-Preis dringend benötigte  
51 Investitionsanreize für klimaschonende Technologien wie E-Mobilität, wir stärken  
52 den Ausbau von Erneuerbaren Energien sowie von Effizienzmaßnahmen.

53 Neben einer Steuerung über den Preis, um Klimaschädliches teurer und  
54 Klimaschonendes billiger zu machen, braucht es weitere Maßnahmen, um die Pariser  
55 Klimaziele über alle Sektoren zu erreichen. Insbesondere im Verkehrsbereich  
56 drängt die Zeit auf Veränderung – um das Klima zu schützen und um unseren  
57 Wohlstand auch in Zukunft zu sichern. Unser **Ziel ist, der Neuzulassung von Autos**  
58 **mit fossilem Verbrennungsmotor innerhalb der EU ab 2030 ein Ende zu setzen**.  
59 Dafür braucht es härtere europäische CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung  
60 der europäischen Ladeinfrastruktur und eine EU-weite Quote für abgasfreie  
61 Neuwagen. Wir Grüne treiben damit den Technologiewandel voran und schaffen die  
62 nötigen infrastrukturellen, fiskalischen und politischen Voraussetzungen für  
63 eine abgasfreie Mobilität.

64 Gleichzeitig brauchen wir in Europa **gut vernetzte und grenzüberschreitende**  
65 **öffentliche Schienenwege**. Wir können den innereuropäischen Flugverkehr nur  
66 begrenzen, wenn wir den **Wettbewerbsvorteil für Airlines gegenüber der Bahn**  
67 **beenden und die Steuersubvention für Kerosin endlich streichen**. Genauso wollen  
68 wir als Alternative in ein flächendeckendes europäisches Schnellzug- und  
69 Nachtzug-Netz investieren.

70 Nur gemeinsam in Europa schaffen wir es, das massenhafte Artensterben zu beenden  
71 und damit die zweite große ökologische Krise unserer Zeit in den Griff zu  
72 bekommen. Aktuell sind ca. eine Million Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben  
73 bedroht. Doch Europa kann mit einer klugen Landwirtschafts- und Fischereipolitik  
74 das Sterben beenden und **den Reichtum der Natur erhalten**.

75 Keine andere Branche wird mehr gefördert und damit stärker von europäischer  
76 Politik beeinflusst als die Landwirtschaft, und kaum eine andere Branche trägt  
77 derzeit so stark zum Artensterben bei. Wir wollen deshalb **eine europäische**  
78 **Agrarpolitik, bei der der Schutz von Klima, Boden, Wasser, Artenvielfalt und**  
79 **Tieren im Mittelpunkt steht**. Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) soll dafür  
80 sorgen, dass die Fördergelder für eine echte Transformation hin zu einer für

81 Mensch, Natur und Umwelt nachhaltigen Landwirtschaft verwendet werden und den  
82 Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, eine natur- und artgerechte  
83 Landwirtschaft sowie eine artgerechte und flächengebundene Tierhaltung gezielt  
84 unterstützt. Auch sollen künftig Betriebe gefördert werden, die weniger oder gar  
85 keine Pestizide einsetzen und damit Insekten und Arten schützen.

86 Nur ein soziales Europa ist ein starkes Europa

87 Jede und jeder soll ein Leben in Würde führen können. Noch klaffen die  
88 Lebensverhältnisse innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten der EU stark  
89 auseinander. Etwa weil große Konzerne versuchen, Staaten gegeneinander  
90 auszuspielen, und die Länder in einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern und  
91 Löhne geraten. Hier helfen keine nationalistischen Antworten, sondern nur die  
92 Europäisierung sozialer Standards. Deshalb wollen wir **verbindliche soziale**  
93 **Mindeststandards und Mindestlöhne in der gesamten Europäischen Union.**

94 **In der Europäischen Union gehen jährlich Milliarden durch Steuerumgehung**  
95 **verloren.** Diese Gelder fehlen den Staaten der EU zur Finanzierung des sozialen  
96 Zusammenhalts, also von Bildung, Schulen, Gesundheitssystemen, Bahnstrecken und  
97 zur Reparatur maroder Brücken. Das ist auch ein Grund, weswegen es in den  
98 vergangenen Jahren in vielen Ländern zu Kürzungen von öffentlichen Leistungen  
99 und zu Sozialabbau gekommen ist. Wir können dieses Problem nur europäisch lösen,  
100 weil große Unternehmen sonst die einzelnen Staaten gegeneinander ausspielen.

101 Dafür wollen wir als eine kurzfristig umsetzbare Maßnahme **eine europäische**  
102 **Digitalkonzernsteuer einführen.** Internetriesen wie google oder facebook  
103 verschieben ihre Gewinne in Niedrigsteuerrländer und entgehen so der Besteuerung.  
104 Damit entziehen sie sich ihrer Verantwortung für die Finanzierung öffentlicher  
105 Aufgaben. Auch verschaffen sie sich Vorteile gegenüber kleineren  
106 Digitalunternehmen und Start-Ups und verdrängen diese vom Markt. **Unser Ziel ist,**  
107 **dass künftig Unternehmen dort Steuern auf ihre Gewinne zahlen, wo diese**  
108 **anfallen.** Es ist die Große Koalition in Deutschland, die diese Reform blockiert.  
109 SPD und Union stellen sich damit schützend vor google und Co. Ebenso sollen alle  
110 Großunternehmen öffentlich machen, in welchen Ländern sie wie viele Gewinne  
111 gemacht und Steuern bezahlt haben. Auch diesen Vorschlag der EU-Kommission  
112 blockieren der SPD-Finanzminister Scholz und die große Koalition in Brüssel.

113 Als nächsten Schritt brauchen wir eine **gemeinsame Unternehmensbesteuerung in**  
114 **Europa.** Denn durch den noch bestehenden Steuerwettbewerb zwischen den EU-Ländern  
115 sinken die Steuern der Konzerne immer weiter und werden mehr und mehr auf die  
116 Bürger\*innen verlagert, die sich ihnen nicht entziehen können. Die Ungleichheit  
117 nimmt zu. **Unser Ziel ist ein europäischer Mindeststeuersatz für die**  
118 **Unternehmensbesteuerung.** Ein Teil der Einnahmen soll in den europäischen  
119 Haushalt fließen und damit gesamteuropäische Projekte wie etwa Erasmus für alle  
120 jungen Europäer\*innen oder ein europaweites Schienennetz finanzieren.

121 Ein mutiges Europa lässt sich keine Angst machen

122 **Europa ist eine Werteunion.** Sie steht für die Achtung der Menschenwürde, der  
123 Freiheit, der Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der  
124 Menschenrechte. Wenn dieses Fundament angekratzt, ausgehöhlt oder untergraben

125 wird, wie aktuell etwa von den Regierungen Polens, Österreichs, Italiens,  
126 Ungarns oder Rumäniens, wo etwa die Pressefreiheit angegriffen, Frauenrechte  
127 eingeschränkt, Korruption gefördert oder Minderheiten und Geflüchtete weiter  
128 ausgegrenzt werden, dann wollen wir das nicht hinnehmen. Deswegen **wollen wir die**  
129 **Grundrechte der Menschen in Europa und in den Mitgliedsländern stärken.** Die  
130 Grundrechtecharta der EU gilt bislang allerdings unmittelbar nur für europäische  
131 Gesetze und Organe und nicht für das Handeln nationaler Regierungen. Wir wollen  
132 deshalb erreichen, dass **die in der Charta enthaltenen Grundrechte im national**  
133 **vorgesehenen Instanzenweg auch gegenüber den jeweiligen Nationalstaaten**  
134 **einklagbar werden.**

135 Aber nicht nur die einzelne Bürger\*in, sondern auch die EU muss ihre Grundwerte  
136 gegenüber nationalen Regierungen verteidigen können. So sollen die europäischen  
137 Ausgaben künftig den europäischen Werten folgen. Dafür wollen wir **die Vergabe**  
138 **von europäischen Fördermitteln an die Einhaltung europäischer Grundwerte wie**  
139 **Rechtsstaatlichkeit und Demokratie binden.**

140 Weil ein bloßer Entzug von Fördermitteln aber die breite Bevölkerung treffen  
141 würde und nicht nur die jeweiligen Regierungen, wollen wir keine pauschale  
142 Streichung der Mittel. **Unser Ziel ist, dass europäische Fördermittel nicht mehr**  
143 **von den entsprechenden Regierungen, sondern von den Europäischen Institutionen**  
144 **direkt an Kommunen, Unternehmen und andere Fördermittelempfänger wie**  
145 **Initiativen**  
146 **oder Projekte ausgegeben werden können.** So kann die Vergabe von Fördermitteln an  
147 die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundwerte gekoppelt werden  
148 und das Geld kommt trotzdem dort an, wo es am meisten gebraucht und wo es  
149 sinnvoll verwendet wird.

149 Wir Grüne wollen die Demokratie in Europa stärken. Durch eine **Stärkung des**  
150 **Europäischen Parlaments** genauso wie durch die **Aufwertung der Europäischen**  
151 **Bürgerinitiative und einer Stärkung der Transparenzregeln.** So soll das  
152 Europäische Parlament in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat  
153 entscheiden können und ein eigenes vollwertiges Initiativrecht für europäische  
154 Gesetzgebung erhalten. Wir wollen den **Frauenanteil in Führungspositionen auf 50**  
155 **Prozent erhöhen und auch Führungsgremien in EU-Institutionen verpflichtend**  
156 **paritätisch besetzen.**

157 Wir wollen für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch per  
158 Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, **Mehrheitsentscheidungen** einführen. Das  
159 betrifft hauptsächlich die Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die  
160 Steuerpolitik. Auch in allen Bereichen der Energiepolitik wollen wir im  
161 Europäischen Rat das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen durchsetzen, um die  
162 bestehende Blockade für ein Europa der Erneuerbaren Energien zu brechen. Damit  
163 stärken wir Europas Handlungsfähigkeit und verhindern, dass einzelne  
164 Mitgliedsländer grundlegende Entscheidungen blockieren können.

165 Europa braucht Zusammenhalt, Klimaschutz und Deine Stimme

166 Wir können gemeinsam Europa stark machen – mit unseren Ideen, mit unseren  
167 Zielen. Und mit Eurer Unterstützung: Wir wollen nach dem 26. Mai die größte

168 grüne Fraktion im Europaparlament stellen, die wir je hatten. Damit Deutschland  
169 endlich eine laute Stimme für ein starkes Europa bekommt. Wir sind bereit,  
170 Orientierung zu geben. Gerade jetzt, wo es die anderen nicht tun.

171 Auch bei der Wahl der künftigen Kommission wollen wir unseren Einfluss geltend  
172 machen, um grüne Inhalte durchzusetzen. Dabei ist für uns klar: Wir werden  
173 niemanden zur Kommissionspräsident\*in wählen, die oder der sich nicht von den  
174 Rechtsextremen und Nationalisten abgrenzt. Zudem werden wir auf starke grüne  
175 Inhalte im Programm des Kommissionspräsidenten bestehen. **Uns geht es um ein**  
176 **Europa des Klimaschutzes, der Gerechtigkeit und der Demokratie.** Für uns ist es  
177 auch Voraussetzung, dass eine oder ein künftiger Kommissionspräsident\*in bei der  
178 Europawahl als Spitzenkandidat\*in antritt. Denn es ist ein wichtiger  
179 demokratischer Fortschritt in Europa, wenn die Bürgerinnen und Bürger  
180 mitentscheiden können, wer künftig der Kommission vorsteht.

181 Geht also am 26. Mai wählen für Europa! Es geht um viel, um die Zukunft Europas.  
182 Und das ist Eure Zukunft, es ist unsere Zukunft. Lassen wir es nicht zu, dass  
183 andere über unser Leben und unser Schicksal in Europa bestimmen. Deshalb: Europa  
184 braucht Zusammenhalt, Klimaschutz und deine Stimme!

# Europa braucht Zusammenhalt, Klimaschutz und Deine Stimme!



1. Ordentlicher Länderrat, 18. Mai 2019, Berlin

WECC - Westhafen Event & Convention Center, Westhafenstraße 1, Sektor B, Halle 1, 13353 Berlin

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 06.05.2019

Tagesordnungspunkt: EP Debatte zur Europawahl - Kommt, wir bauen das neue Europa

1 Am 26. Mai haben wir es in der Hand: Wir können Europa stark machen. So stark,  
2 dass wir gemeinsam das Klima und damit unsere Zukunft retten. So stark, dass  
3 Gerechtigkeit und Solidarität ein Leben in Würde möglich macht und zwischen den  
4 Staaten für Ausgleich sorgt. So stark, dass Frieden, Demokratie,  
5 Rechtsstaatlichkeit und Freiheit das ist, was von Europa ausstrahlt. Europa  
6 stark machen heißt, unser gemeinsames europäisches Haus in die Zukunft zu bauen  
7 und Veränderungen mutig und menschlich anzupacken. Mit einer klaren Idee, mit  
8 viel Zuversicht und Kraft.

9 Wir haben diese Idee, wir haben die Zuversicht und wir haben die Kraft. Überall  
10 in Europa fordern die Menschen Veränderung. Nicht nur hier, sondern in vielen  
11 Ländern Europas erleben wir eine grüne Welle. Und diese macht uns zu starken  
12 Partnerinnen und Partnern für alle, die nach vorne schauen, auf ein Europa des  
13 Klimaschutzes, der Gerechtigkeit und der Demokratie.

14 Wer Europa nicht seinen Feinden, den Rechtsextremen und Nationalisten überlassen  
15 will, muss es weiter bauen. Die Aussicht auf Veränderung erzeugt Hoffnung, durch  
16 Veränderung können wir Herausforderungen bestehen. Der Status Quo schafft keine  
17 Leidenschaft. Deshalb bieten wir bei dieser Wahl auch eine Alternative zur  
18 Zukunftsblockade der letzten Jahre.

19 Die bereits spürbaren Folgen der Klimakatastrophe, das drastische Artensterben,  
20 die Bedrohung unserer Demokratie durch das Wiederaufflammen des Nationalismus  
21 sowie das Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich zeigen, wie dringend  
22 notwendig ein Europa der Kooperation, der Handlungsfähigkeit und der weiteren  
23 Integration ist. Ein Europa, das zusammenhält. Ein Europa, das sich neu  
24 begründet – ökologisch, sozial und demokratisch.

25 Wer den Planeten retten will, fängt mit Europa an

26 Uns bleibt noch etwa ein Jahrzehnt Zeit, um die schlimmsten Folgen der  
27 Klimakrise abzuwenden. Deshalb ist diese Europawahl für die Rettung des Planeten  
28 so entscheidend. Europa muss vorangehen, wenn wir die Ziele des Pariser  
29 Klimaabkommens noch erreichen wollen. Deshalb wollen wir Grüne eine  
30 ambitionierte Klimapolitik in Europa voranbringen. Dazu gehört, dass wir so  
31 schnell wie möglich **aus der Verstromung von Kohle aussteigen**. Denn mit einem  
32 Ausstoß von 750 bis 1.200 g CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde ist Kohlestrom die mit  
33 Abstand klimaschädlichste Art der Stromerzeugung. **Unser Ziel ist ein EU-weiter**  
34 **Kohleausstieg – bis 2030**. Bereits heute hat rund ein Drittel der EU-Staaten  
35 solch einen Kohleausstiegsbeschluss gefasst. Und wo Grüne in Europa regieren,  
36 zeigen sie, was beim Klimaschutz möglich ist: Das schwedische Klimagesetz

37 verpflichtet jede Regierung, einen Klimaschutzplan vorzulegen – mit dem Ziel,  
38 das Land bis 2045 klimaneutral zu machen. Luxemburg wird ab 2020 als erstes Land  
39 der Welt seinen öffentlichen Personennahverkehr kostenlos machen.

40 Von zentraler Bedeutung ist die **möglichst rasche Einführung eines CO<sub>2</sub>-**  
41 **Mindestpreises im Europäischen Emissionshandel (ETS)**. Denn trotz jüngster Reform  
42 entfaltet der Emissionshandel auf absehbare Zeit nicht genug Anreize, damit sich  
43 Klimaschutz wirklich lohnt. **Zusätzlich zum ETS im Strombereich wollen wir für**  
44 **die anderen Sektoren einen CO<sub>2</sub>-Preis in ganz Europa**. Dafür soll Deutschland mit  
45 Nachbarstaaten wie Frankreich, den Niederlanden und Luxemburg vorangehen und als  
46 regionale Staatengruppe zusammen einen CO<sub>2</sub>-Preis einführen. Diese Abgabe auf CO<sub>2</sub>  
47 soll aufkommensneutral ausgestaltet sein und in Form einer **Pro-Kopf-Auszahlung**  
48 **als Energiegeld an die Bürgerinnen und Bürger zurückfließen**. Damit entlasten wir  
49 insbesondere ärmere Haushalte und erreichen gleichzeitig eine soziale  
50 Umverteilungswirkung. Zugleich schaffen wir mit dem CO<sub>2</sub>-Preis dringend benötigte  
51 Investitionsanreize für klimaschonende Technologien wie E-Mobilität, wir stärken  
52 den Ausbau von Erneuerbaren Energien sowie von Effizienzmaßnahmen.

53 Neben einer Steuerung über den Preis, um Klimaschädliches teurer und  
54 Klimaschonendes billiger zu machen, braucht es weitere Maßnahmen, um die Pariser  
55 Klimaziele über alle Sektoren zu erreichen. Insbesondere im Verkehrsbereich  
56 drängt die Zeit auf Veränderung – um das Klima zu schützen und um unseren  
57 Wohlstand auch in Zukunft zu sichern. Unser **Ziel ist, der Neuzulassung von Autos**  
58 **mit fossilem Verbrennungsmotor innerhalb der EU ab 2030 ein Ende zu setzen**.  
59 Dafür braucht es härtere europäische CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Neuwagen, eine Förderung  
60 der europäischen Ladeinfrastruktur und eine EU-weite Quote für abgasfreie  
61 Neuwagen. Wir Grüne treiben damit den Technologiewandel voran und schaffen die  
62 nötigen infrastrukturellen, fiskalischen und politischen Voraussetzungen für  
63 eine abgasfreie Mobilität.

64 Gleichzeitig brauchen wir in Europa **gut vernetzte und grenzüberschreitende**  
65 **öffentliche Schienenwege**. Wir können den innereuropäischen Flugverkehr nur  
66 begrenzen, wenn wir den **Wettbewerbsvorteil für Airlines gegenüber der Bahn**  
67 **beenden und die Steuersubvention für Kerosin endlich streichen**. Genauso wollen  
68 wir als Alternative in ein flächendeckendes europäisches Schnellzug- und  
69 Nachtzug-Netz investieren.

70 Nur gemeinsam in Europa schaffen wir es, das massenhafte Artensterben zu beenden  
71 und damit die zweite große ökologische Krise unserer Zeit in den Griff zu  
72 bekommen. Aktuell sind ca. eine Million Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben  
73 bedroht. Doch Europa kann mit einer klugen Landwirtschafts- und Fischereipolitik  
74 das Sterben beenden und **den Reichtum der Natur erhalten**.

75 Keine andere Branche wird mehr gefördert und damit stärker von europäischer  
76 Politik beeinflusst als die Landwirtschaft, und kaum eine andere Branche trägt  
77 derzeit so stark zum Artensterben bei. Wir wollen deshalb **eine europäische**  
78 **Agrarpolitik, bei der der Schutz von Klima, Boden, Wasser, Artenvielfalt und**  
79 **Tieren im Mittelpunkt steht**. Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) soll dafür  
80 sorgen, dass die Fördergelder für eine echte Transformation hin zu einer für

81 Mensch, Natur und Umwelt nachhaltigen Landwirtschaft verwendet werden und den  
82 Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, eine natur- und artgerechte  
83 Landwirtschaft sowie eine artgerechte und flächengebundene Tierhaltung gezielt  
84 unterstützt. Auch sollen künftig Betriebe gefördert werden, die weniger oder gar  
85 keine Pestizide einsetzen und damit Insekten und Arten schützen.

86 Nur ein soziales Europa ist ein starkes Europa

87 Jede und jeder soll ein Leben in Würde führen können. Noch klaffen die  
88 Lebensverhältnisse innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten der EU stark  
89 auseinander. Etwa weil große Konzerne versuchen, Staaten gegeneinander  
90 auszuspielen, und die Länder in einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern und  
91 Löhne geraten. Hier helfen keine nationalistischen Antworten, sondern nur die  
92 Europäisierung sozialer Standards. Deshalb wollen wir **verbindliche soziale**  
93 **Mindeststandards und Mindestlöhne in der gesamten Europäischen Union.**

94 **In der Europäischen Union gehen jährlich Milliarden durch Steuerumgehung**  
95 **verloren.** Diese Gelder fehlen den Staaten der EU zur Finanzierung des sozialen  
96 Zusammenhalts, also von Bildung, Schulen, Gesundheitssystemen, Bahnstrecken und  
97 zur Reparatur maroder Brücken. Das ist auch ein Grund, weswegen es in den  
98 vergangenen Jahren in vielen Ländern zu Kürzungen von öffentlichen Leistungen  
99 und zu Sozialabbau gekommen ist. Wir können dieses Problem nur europäisch lösen,  
100 weil große Unternehmen sonst die einzelnen Staaten gegeneinander ausspielen.

101 Dafür wollen wir als eine kurzfristig umsetzbare Maßnahme **eine europäische**  
102 **Digitalkonzernsteuer einführen.** Internetriesen wie google oder facebook  
103 verschieben ihre Gewinne in Niedrigsteuerrländer und entgehen so der Besteuerung.  
104 Damit entziehen sie sich ihrer Verantwortung für die Finanzierung öffentlicher  
105 Aufgaben. Auch verschaffen sie sich Vorteile gegenüber kleineren  
106 Digitalunternehmen und Start-Ups und verdrängen diese vom Markt. **Unser Ziel ist,**  
107 **dass künftig Unternehmen dort Steuern auf ihre Gewinne zahlen, wo diese**  
108 **anfallen.** Es ist die Große Koalition in Deutschland, die diese Reform blockiert.  
109 SPD und Union stellen sich damit schützend vor google und Co. Ebenso sollen alle  
110 Großunternehmen öffentlich machen, in welchen Ländern sie wie viele Gewinne  
111 gemacht und Steuern bezahlt haben. Auch diesen Vorschlag der EU-Kommission  
112 blockieren der SPD-Finanzminister Scholz und die große Koalition in Brüssel.

113 Als nächsten Schritt brauchen wir eine **gemeinsame Unternehmensbesteuerung in**  
114 **Europa.** Denn durch den noch bestehenden Steuerwettbewerb zwischen den EU-Ländern  
115 sinken die Steuern der Konzerne immer weiter und werden mehr und mehr auf die  
116 Bürger\*innen verlagert, die sich ihnen nicht entziehen können. Die Ungleichheit  
117 nimmt zu. **Unser Ziel ist ein europäischer Mindeststeuersatz für die**  
118 **Unternehmensbesteuerung.** Ein Teil der Einnahmen soll in den europäischen  
119 Haushalt fließen und damit gesamteuropäische Projekte wie etwa Erasmus für alle  
120 jungen Europäer\*innen oder ein europaweites Schienennetz finanzieren.

121 Ein mutiges Europa lässt sich keine Angst machen

122 **Europa ist eine Werteunion.** Sie steht für die Achtung der Menschenwürde, der  
123 Freiheit, der Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der  
124 Menschenrechte. Wenn dieses Fundament angekratzt, ausgehöhlt oder untergraben

125 wird, wie aktuell etwa von den Regierungen Polens, Österreichs, Italiens,  
126 Ungarns oder Rumäniens, wo etwa die Pressefreiheit angegriffen, Frauenrechte  
127 eingeschränkt, Korruption gefördert oder Minderheiten und Geflüchtete weiter  
128 ausgegrenzt werden, dann wollen wir das nicht hinnehmen. Deswegen **wollen wir die**  
129 **Grundrechte der Menschen in Europa und in den Mitgliedsländern stärken.** Die  
130 Grundrechtecharta der EU gilt bislang allerdings unmittelbar nur für europäische  
131 Gesetze und Organe und nicht für das Handeln nationaler Regierungen. Wir wollen  
132 deshalb erreichen, dass **die in der Charta enthaltenen Grundrechte im national**  
133 **vorgesehenen Instanzenweg auch gegenüber den jeweiligen Nationalstaaten**  
134 **einklagbar werden.**

135 Aber nicht nur die einzelne Bürger\*in, sondern auch die EU muss ihre Grundwerte  
136 gegenüber nationalen Regierungen verteidigen können. So sollen die europäischen  
137 Ausgaben künftig den europäischen Werten folgen. Dafür wollen wir **die Vergabe**  
138 **von europäischen Fördermitteln an die Einhaltung europäischer Grundwerte wie**  
139 **Rechtsstaatlichkeit und Demokratie binden.**

140 Weil ein bloßer Entzug von Fördermitteln aber die breite Bevölkerung treffen  
141 würde und nicht nur die jeweiligen Regierungen, wollen wir keine pauschale  
142 Streichung der Mittel. **Unser Ziel ist, dass europäische Fördermittel nicht mehr**  
143 **von den entsprechenden Regierungen, sondern von den Europäischen Institutionen**  
144 **direkt an Kommunen, Unternehmen und andere Fördermittelempfänger wie**  
145 **Initiativen**  
146 **oder Projekte ausgegeben werden können.** So kann die Vergabe von Fördermitteln an  
147 die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundwerte gekoppelt werden  
148 und das Geld kommt trotzdem dort an, wo es am meisten gebraucht und wo es  
149 sinnvoll verwendet wird.

149 Wir Grüne wollen die Demokratie in Europa stärken. Durch eine **Stärkung des**  
150 **Europäischen Parlaments** genauso wie durch die **Aufwertung der Europäischen**  
151 **Bürgerinitiative und einer Stärkung der Transparenzregeln.** So soll das  
152 Europäische Parlament in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat  
153 entscheiden können und ein eigenes vollwertiges Initiativrecht für europäische  
154 Gesetzgebung erhalten. Wir wollen den **Frauenanteil in Führungspositionen auf 50**  
155 **Prozent erhöhen und auch Führungsgremien in EU-Institutionen verpflichtend**  
156 **paritätisch besetzen.**

157 Wir wollen für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch per  
158 Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, **Mehrheitsentscheidungen** einführen. Das  
159 betrifft hauptsächlich die Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die  
160 Steuerpolitik. Auch in allen Bereichen der Energiepolitik wollen wir im  
161 Europäischen Rat das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen durchsetzen, um die  
162 bestehende Blockade für ein Europa der Erneuerbaren Energien zu brechen. Damit  
163 stärken wir Europas Handlungsfähigkeit und verhindern, dass einzelne  
164 Mitgliedsländer grundlegende Entscheidungen blockieren können.

165 Europa braucht Zusammenhalt, Klimaschutz und Deine Stimme

166 Wir können gemeinsam Europa stark machen – mit unseren Ideen, mit unseren  
167 Zielen. Und mit Eurer Unterstützung: Wir wollen nach dem 26. Mai die größte

168 grüne Fraktion im Europaparlament stellen, die wir je hatten. Damit Deutschland  
169 endlich eine laute Stimme für ein starkes Europa bekommt. Wir sind bereit,  
170 Orientierung zu geben. Gerade jetzt, wo es die anderen nicht tun.

171 Auch bei der Wahl der künftigen Kommission wollen wir unseren Einfluss geltend  
172 machen, um grüne Inhalte durchzusetzen. Dabei ist für uns klar: Wir werden  
173 niemanden zur Kommissionspräsident\*in wählen, die oder der sich nicht von den  
174 Rechtsextremen und Nationalisten abgrenzt. Zudem werden wir auf starke grüne  
175 Inhalte im Programm des Kommissionspräsidenten bestehen. **Uns geht es um ein**  
176 **Europa des Klimaschutzes, der Gerechtigkeit und der Demokratie.** Für uns ist es  
177 auch Voraussetzung, dass eine oder ein künftiger Kommissionspräsident\*in bei der  
178 Europawahl als Spitzenkandidat\*in antritt. Denn es ist ein wichtiger  
179 demokratischer Fortschritt in Europa, wenn die Bürgerinnen und Bürger  
180 mitentscheiden können, wer künftig der Kommission vorsteht.

181 Geht also am 26. Mai wählen für Europa! Es geht um viel, um die Zukunft Europas.  
182 Und das ist Eure Zukunft, es ist unsere Zukunft. Lassen wir es nicht zu, dass  
183 andere über unser Leben und unser Schicksal in Europa bestimmen. Deshalb: Europa  
184 braucht Zusammenhalt, Klimaschutz und deine Stimme!

**T-01**

## ***Vorschlag zur Tagesordnung***



1. Ordentlicher Länderrat, 18. Mai 2019, Berlin  
WECC - Westhafen Event & Convention Center, Westhafenstraße 1,  
Sektor B, Halle 1, 13353 Berlin

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 01.04.2019  
Tagesordnungspunkt: T Tagesordnung - Formalia

- 1 TOP 1: Tagesordnung - Formalia
- 2 TOP 2: Debatte zur Europawahl - Kommt, wir bauen das neue Europa
- 3 TOP 3: Verschiedenes